

Aufwind oder Flaute? Aussichten für den japanischen Windmarkt

Trotz staatlicher Förderung und innovativer Ideen schien der Windenergie in Japan zwischenzeitlich die Puste auszugehen. Mut machen Investitionen aus der Privatwirtschaft, von großen wie kleinen Playern.

Von Annette Bossler

Im Jahr 2013 machte Japan Schlagzeilen mit gleich zwei schwimmenden Offshore-Windanlagen. Vor Kabashima in Kyushu wurde eine Zwei-Megawatt-Turbine von Hitachi auf einer schwimmenden Gründung unter Verwendung von Spannbeton in Betrieb genommen, komplett finanziert vom Umweltministerium. Ebenfalls 2013 ging das Demonstrationsprojekt „Fukushima Forward“ in Betrieb. Phase I besteht aus einer Turbine und einer Transformatorstation auf separaten schwimmenden Fundamenten. Die Finanzierung übernahm das Wirtschaftsministerium.

Im Juli des Vorjahres hatte Japan ein Gesetz über Einspeisetarife für erneuerbare Energien verabschiedet. Während daraufhin verstärkt Solar- und Biomasse-Anlagen gebaut wurden, blieb die Windenergie hinter den Erwartungen zurück. Die Statistik des japanischen Windenergieverbandes JWPA zeigt für 2017 einen Zubau von gerade 169 Megawatt, verteilt auf zwölf Projekte mit 77 Turbinen. 2016 waren es noch 192 Megawatt.

Insgesamt verfügt Japan über 3,3 Gigawatt installierte Windkraft. Die einzelnen Projekte sind relativ klein, ihre Installation ist wegen des oft schwierigen Terrains aufwendig. Hinzu kommt, dass das Umweltministerium auf Basis vorgeschriebener Umweltverträglichkeitsstudien häufig kostenintensive Änderungen verlangt.

Trotzdem versucht Japan vor allem die Offshore-Windkraft voranzubrin-

gen. In Phase II des Fukushima-Projektes wurden eine Sieben-Megawatt-Mitsubishi- und eine Fünf-Megawatt-Hitachi-Turbine auf zwei verschiedenen schwimmenden Fundamenten installiert. Das Projekt wurde vom Wirtschaftsministerium finanziert. Die Mittel für den weiteren Betrieb müssen jedoch vom Betreiberkonsortium aufgebracht werden.

Offshore-Windkraftprojekte sind vergleichsweise teuer. Japans Regierung fordert daher massive Kostensenkungen von allen Beteiligten. Was von staatlicher Seite gefehlt hat, waren ausgewiesene Zonen für den Ausbau der Anlagen. Lange hatte der Staat nur für Regionen in Häfennähe die Regulierungen gelockert – mit Erfolg. Das Hibikinada-Projekt (257,1 Megawatt) vor der Stadt Kitakyushu sowie das 560-Megawatt-Projekt in Yurihonjo in der Präfektur Akita zeigen, dass der Markt für Offshore-Windenergie grundsätzlich vorhanden ist. Einer der Hauptinvestoren in Akita ist die japanische Eisenbahngesellschaft JR East.

Am 9. März hat die Abe-Regierung, wie im Januar angekündigt, dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, auf dessen Basis bis 2030 fünf Zonen für den Bau von Offshore-Windparks bestimmt werden sollen. Für die dafür notwendige Zustimmung der Fischereindustrie setzt die Regierung also viel Zeit an. Gleichzeitig plant das Wirtschaftsministerium, schon zum 1. April 2020 den bisherigen Einspeisetarif von 36 Yen pro Kilowattstunde (umgerechnet 0,26 Euro) für Offshore-Windenergie durch ein Aus-



Annette Bossler

schreibungsverfahren zu ersetzen. Dies betrifft nur Anlagen auf festen Gründungen, nicht aber schwimmende Fundamente. Man wird sehen, ob sich Investoren und Projektentwickler aufgrund der Einspeisetarife für schwimmende Fundamente entscheiden, oder aber ein Bieterverfahren für Projekte mit konventioneller Technologie vorziehen.

Japans Industrie muss also liefern, wenn Offshore-Windenergie in Japan eine Zukunft haben soll. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die Flaute weitergeht oder der Markt in Japan endlich Aufwind bekommt. Optimistisch stimmt ein Blick nach Kyushu: Dort plant Toda Construction den Bau weiterer schwimmender Windturbinen. Auch Japans kleinere Unternehmen zeigen den notwendigen Pioniergeist, um eine neue Industrie auf den Weg zu bringen. ■



Annette Bossler

ist selbstständige Beraterin für Marktinformationen und Business Development für erneuerbare Energien und Verbundwerkstoffe.

E-Mail:
abossler@maine-intl-consulting.com